

RESOLUTION der VAKJP auf ihrer Mitgliederversammlung am 1.5.2026

Die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ist kein Sparposten!

Psychische Erkrankungen zählen zu den drängendsten gesundheitlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit. Sie gefährden Bildungsbiografien, soziale Teilhabe, familiäre Stabilität und langfristig die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.

Gerade junge Menschen stehen aktuell unter dem Druck multipler Herausforderungen: Pandemieerfahrungen, Kriege, Klimasorgen, zunehmende soziale Polarisierung, digitale Überforderung und wachsende Zukunftsängste führen nachweislich zu einer erhöhten psychischen Belastung von Kindern und Jugendlichen und einem gestiegenen Bedarf an qualifizierter psychotherapeutischer Behandlung. Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie ist unter den gegebenen Umständen daher keine verzichtbare Spezialleistung, sondern unverzichtbare Primärversorgung.

Eine frühzeitige psychotherapeutische Hilfe verhindert Chronifizierung, schützt Entwicklung und reduziert hohe Folgekosten in Gesundheits-, Sozial- und Bildungssystemen. In einer solchen Lage Honorare zu kürzen, Zugänge zu begrenzen und soziale Hilfesysteme auszudünnen, ist gesundheitspolitisch verantwortungslos und sozialpolitisch fatal.

Diese Politik ist kein Beitrag zu einer nachhaltigen Stabilisierung des Gesundheitssystems, sondern Ausdruck eines kurzfristigen Sparkurses auf Kosten der Schwächsten. Sie bedroht die psychotherapeutische Versorgung von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien und steht im eklatanten Widerspruch zu den politischen Versprechen, die Resilienz und Zukunftschancen junger Menschen stärken zu wollen. Pauschale Kürzungen missachten zudem die hochkomplexen Anforderungen psychotherapeutischer Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und ihren Familien.

Wer im Koalitionsvertrag Schutz, Prävention und bessere Entwicklungsperspektiven für junge Menschen ankündigt, darf nicht gleichzeitig die Versorgungsstrukturen demontieren, die genau dies ermöglichen.

Gerade die psychotherapeutische Sprechstunde stellt seit 2017 ein zentrales Instrument frühzeitiger Diagnostik, Indikationsstellung und Versorgungssteuerung dar. Sie ermöglicht passgenaue Hilfen zwischen Psychotherapie, Jugendhilfe und weiteren Unterstützungssystemen. Doch Steuerung funktioniert nur, wenn das Versorgungssystem nicht gleichzeitig kaputtgespart wird. Wer Zugänge abbaut schafft keine Effizienz, sondern verzögerte Hilfe, schwerere Verläufe und mittel- und langfristig höhere gesellschaftliche Kosten.

Die aktuellen Sparmaßnahmen folgen nicht einer bedarfsorientierten Versorgungslogik, sondern einer reinen Haushaltslogik. Finanzierungsprobleme der GKV werden auf Leistungserbringerinnen und Patientinnen abgewälzt, anstatt strukturell und solidarisch gelöst zu werden. Damit wird psychotherapeutische Versorgung zur fiskalischen Verfügungsmasse degradiert.

Das ist ein Angriff auf die soziale Infrastruktur unseres Landes.

Besonders alarmierend ist, dass diese Politik ausgerechnet jene Generation belastet, die bereits in multiplen Krisen aufwächst und künftig die sozialen, wirtschaftlichen und demokratischen Lasten einer alternden Gesellschaft tragen soll. Wer an der psychischen Gesundheit junger Menschen spart, spart an gesellschaftlicher Zukunft, sozialem Frieden und demokratischer Stabilität.

Die VAKJP protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die geplanten Maßnahmen des GKV-Beitragsstabilisierungsgesetzes, gegen die bereits beschlossene Honorarkürzung psychotherapeutischer Leistungen um 4,5 Prozent sowie gegen weitere Kürzungen im Gesundheits-, Sozial- und Jugendhilfebereich.

Kinder und Jugendliche brauchen Schutz, Perspektive und verlässliche Hilfen – keine Kürzungen, keine Zugangshürden und keine Politik, die kurzfristige Haushaltsziele über langfristige gesellschaftliche Verantwortung stellt.

Die VAKJP fordert daher:

- **Die sofortige Rücknahme der Honorarkürzung um 4,5 Prozent für psychotherapeutische Leistungen.**
- **Keine Budgetierung, Kontingentierung oder Begrenzung extrabudgetärer psychotherapeutischer Leistungen.**
- **Eine eigenständige, bedarfsgerechte Bedarfsplanung für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie.**
- **Den uneingeschränkten Erhalt eines niedrighwelligen, direkten Zugangs zur psychotherapeutischen Sprechstunde sowie zu frühzeitiger Intervention.**
- **Den Stopp des Abbaus von Jugendhilfe-, Präventions- und psychosozialen Unterstützungsstrukturen.**
- **Eine sozialstaatlich verantwortliche, bedarfsorientierte und strukturell nachhaltige Finanzierung gesundheitlicher und sozialer Versorgung, statt Sparpolitik auf dem Rücken von Kindern, Jugendlichen, Familien und Behandelnden.**

Wer an der psychischen Gesundheit junger Menschen spart, gefährdet die Zukunft unserer Gesellschaft.

Die VAKJP sagt klar und unmissverständlich: Keine Kürzungen auf Kosten von Kindern und Jugendlichen!